

Bachelor Prüfung FS 2018
Wahlpflichtmodul Grundlagen
Teil Verfassungsgeschichte der Neuzeit
20. Juni 2018
Musterlösung

1. Vergleichen Sie die französische Déclaration von 1789 mit den ersten zehn Amendments der amerikanischen Unionsverfassung im Hinblick auf

- a) den Geltungsgrund der gewährleisteten Rechte und*
- b) die Umsetzung der gewährleisteten Rechte.*

(6 Punkte)

a) Frage nach dem Geltungsgrund:

Die Déclaration 1789 kodifiziert das Naturrecht. Es handelt sich um aus dem aufklärerischen Vernunftrecht abgeleitete Normen. Die Normen sollen die künftigen Verfassungsgeber anleiten, was eine Verfassung notwendigerweise enthalten muss und welche Zwecke der Staat zu verfolgen hat und wie er aufgebaut ist.

Die Amendments der US-Verfassung gehören wie die Verfassung selber zum geltenden Recht. Es ist geltendes Recht und stellt das hierarchisch höchste Landesrecht dar.

b) Frage nach der Umsetzung der gewährleisteten Rechte:

Die Déclaration muss als Vernunftrecht durch die künftigen Verfassungsgeber und die von den Verfassungen eingesetzten Gesetzgeber umgesetzt (verwirklicht) werden. Diese Aufgabe ist nicht Sache der Gerichte.

Bei der US-Verfassung werden die Grundrechte der Amendments durch die von der Verfassung eingesetzten Organe umgesetzt. Das ist in erster Linie der Supreme Court. Denkbar ist auch in zweiter Linie die Umsetzung durch den Gesetzgeber.

2. In welchem historischen Zusammenhang stehen die folgenden drei Werke im Rahmen der englischen Verfassungsgeschichte:

(12 Punkte)

Sir Robert Filmer, Patriarcha (1680, Rechtfertigungsschrift zugunsten der Herrschaft der Könige):

Filmer verteidigt die von den Stuart-Königen angestrebte absolutistische Herrschaft. Er begründet dies mit dem Argument, dass Gott, Adam eingesetzt und dieser die Könige als seine Nachfolger zur Herrschaft über die Menschen bestimmt/auserwählt habe.

John Locke, Erste Abhandlung über die Regierung (1689):

Locke antwortet in der ersten Abhandlung darauf und versucht die biblischen Argumente von Filmer zu widerlegen.

John Locke, Zweite Abhandlung über die Regierung (1689):

In der zweiten Abhandlung entwickelt Locke die ideale politische Ordnung. Gott hat das Naturgesetz gegeben. Dieses gebietet den Menschen die Selbsterhaltung und gibt ihnen Gleichheit und Freiheit. Gestützt darauf hat der Staat die Aufgabe, Freiheit und Eigentum zu schützen. Die Könige müssen sich an das Naturrecht und an diesen Zweck halten. Verletzen sie es, so dürfen sie vom Volk abgesetzt werden. Locke beschreibt damit die Situation, wie sie sich bei der Glorious Revolution abspielt: Jakob II. wird abgesetzt und an seine Stelle treten Königin Maria und König Wilhelm von Oranien. Beide werden darauf hin verpflichtet, die Rechte der Untertanen zu wahren und zu schützen.

3. Vergleichen Sie die Bundesverfassungen von 1848 und 1874 hinsichtlich der gewährleisteten Grundrechte und der Bundeskompetenzen.
(12 Punkte)

a) Welche Entwicklung hat sich ergeben? Geben Sie je ein konkretes Beispiel für die Richtung der von Ihnen festgestellten Entwicklungen an.

Grundrechte: Der Grundrechtskatalog ist 1874 ausgebaut worden. Neu in die Bundesverfassung kamen etwa: Art. 31 (Handels- und Gewerbefreiheit), Art. 27 Abs. 3, Art. 49 umfassende Glaubens- und Gewissensfreiheit, Art. 65 (gänzliche Abschaffung der Todesstrafe) [Ein Beispiel genügt].

Bundeskompetenzen: Die Bundeskompetenzen sind ebenfalls ausgebaut worden. So wurde die Armee stärker zentralisiert (Art. 18-22), die Volksschule sollte bestimmte Mindestanforderungen erfüllen (Art. 27 BV), die Vorschriften über die Wirtschaft wurden ausgebaut, z.B. betreffend die Fabrikarbeit (Art. 34), das Privatrecht wurde teilweise Bundessache (Art. 64) [Ein Beispiel genügt].

b) Aus welchem Grund hat der Verfassungsgeber von 1874 diese Richtung eingeschlagen?

Grundrechte: Die (drei genannten) Grundrechte wollte man in der ganzen Schweiz gewährleisten, weil die Grundrechte für einen gesamtschweizerischen, einheitlichen Raum bürgten (in Sachen Wirtschaft, Religion und betreffend Strafrecht). Zudem banden die Grundrechte der Bundesverfassung nicht nur die Kantone, sondern auch den Bund. Es gab also einen besseren Schutz.

Kompetenzen: Der deutsch-französische Krieg von 1870 zeigte, dass der Bund zu wenig Kompetenzen besass und dass er als Gemeinwesen handlungsfähiger werden sollte. Wegen der aussenpolitischen Handlungsfähigkeit zentralisierte man verschiedene Bereiche (Armee). Man anerkannte zudem, dass gewisse Aufgaben gesamtschweizerisch einheitlicher angegangen werden sollten (Volksschule, Wirtschaft, Grundsätze des Privatrechts).

4. Der siebenjährige Krieg von 1756-1763 fand nicht nur auf dem Europäischen Kontinent, sondern auch in Nordamerika statt.

(12 Punkte)

a) Was spielte sich in Nordamerika ab: Welche Kriegsparteien verfochten welche Interessen?

In Nordamerika spielte sich der britisch-französische Kolonialkrieg (French and Indian War, 1754-1763) ab, wo Frankreich und Grossbritannien, jeweils unterstützt von ihren indianischen Verbündeten, um die Vorherrschaft in Nordamerika kämpften. Frankreich verlor den Krieg und damit die Herrschaft nördlich des Mississippi.

b) Der Krieg löste in den folgenden Jahrzehnten zwei verschiedene Revolutionen aus. Wo fanden Revolutionen statt und weshalb wurden sie ausgelöst?

Amerikanische Revolution: Der Krieg kostete beiden Beteiligten viel Geld. Grossbritannien wollte in der Folge diese Kosten bei den englischen Kolonisten wieder eintreiben und begann spezielle Steuern in Nordamerika zu erheben. Dagegen erwuchs Widerstand und das Bewusstsein der englischen Siedler, dass ihre bisher praktizierte Selbstverwaltung zu Unrecht von Grossbritannien beeinträchtigt und sogar unterdrückt wird. Daraus entstand der Widerstand und am Ende die Erklärung der Unabhängigkeit von Grossbritannien.

Französische Revolution: Frankreich häufte in diesem Krieg grosse Schulden an. Im Unabhängigkeitskrieg der englischen Kolonisten gegen Grossbritannien unterstützte es die Revolutionäre erneut. Das kostete wiederum Geld. König Ludwig XVI. berief deshalb die Generalstände ein, um die Finanznot zu beraten. Daraus entstand die französische Nationalversammlung und die Französische Revolution.

5. Der 1. August wird in der Schweiz als Nationalfeiertag gefeiert. Er bezieht sich auf das Jahr 1291 (Datumsangabe des ersten im Archiv von Schwyz überlieferten Bundesbriefs). Früher hatte man den 8. November 1307 als denkwürdigen Geschichtstag gefeiert, aber gegen Ende des 19. Jahrhunderts setzte sich der 1.8.1291 durch. Nennen Sie wenigstens zwei Unterschiede zwischen diesen beiden Referenzdaten (z.B. hinsichtlich Quellen, Inhalt, Textart oder Ursprung)! (4 Punkte)

Jahr	8.11.1307	1.8.1291
Quellen	Weisses Buch von Sarnen, Chronikon von Aegidius Tschudi usw. bis Friedrich Schiller 1804	Landfriedensbündnisse, z.B. Bundesbrief von 1291 im Staatsarchiv von Schwyz
Inhalt	Heroischer Aufstand freier Bauern gegen tyrannische Vögte	Bündnis dreier Gemeinwesen zur Wahrung des Landfriedens
Textart	Eingängige Erzählung des Ursprungs (Mythos)	Rechtsnormen, Vertrag
Ursprung	Ungeklärt. Überlieferung der Erzählung in Chroniken, mündliche Überlieferung	Entdeckung der Urkunde 1724 und ca. ab 1891 deren Erhebung durch kritische Geschichtswissenschaft und Bundesversammlung zum rechtlichen Gründungsakt von 1291. Umstände und damalige Bedeutung des Bundesbriefes ungeklärt.

6. Welche Aussage stammt von welcher Person? Verbinden Sie jede Aussage durch eine Linie mit der dazugehörigen Person. (5 Punkte).

Doch die Richter der Nation sind, wie gesagt, lediglich der Mund, der den Wort-laut des Gesetzes spricht, Wesen ohne Seele gleich-sam, die weder die Stärke noch die Strenge des Gesetzes mässigen können. Montesquieu		Robespierre
Überdies wird jeder Volksvertreter in einer grossen Republik von mehr Bürgern gewählt sein als in einer kleinen, und so wird es für charakterlose, unwürdige Kandidaten schwieriger sein, solche bösen Praktiken mit Erfolg anzuwenden, durch die so oft Wahlen entschieden werden, und da die Wahl-möglichkeiten des Volkes grösser sind, ist auch die Wahrscheinlichkeit grösser, dass man die Männer bevorzugt, die sich durch herausragende Verdienste und eine offene und allseits anerkannte Persönlichkeit hervorgetan haben. Madison		Locke
Damit schliesslich der gesellschaftliche Pakt kein sinnloses Stück Papier sei, enthält er schweigend die Übereinkunft, die allein den anderen Bestimmungen Stärke verleihen kann, derzufolge ein jeder, der dem allgemeinen Willen den Gehorsam verweigert, durch die gesamte Körperschaft dazu gezwungen wird: Was nichts anderes heisst, als dass man ihn zwingen wird, frei zu sein. Rousseau		Milton
Man sagt, der Schrecken sei die Triebfeder der despotischen Regierungsform. Sollte also unsere Verfassung dem Despotismus gleichen? Ja, wie das Schwert, welches in der Hand der Freiheitshelden glänzt, demjenigen gleicht, womit die Trabanten der Tyrannei bewaffnet sind. Der Despot regiert seine unvernünftigen Untertanen durch den Schrecken; als Despot hat er recht. Dämpft durch den Schrecken die Feinde der Freiheit, und Ihr werdet ebenfalls als die Gründer der Republik recht haben. Die Regierungsform, welche sich für eine Revolution schickt, ist der Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei. Robespierre		Madison
Denn alle Menschen sind das Werk eines einzigen allmächtigen und unendlich weisen Schöpfers, die Diener eines einzigen souveränen Herrn, auf dessen Befehl und in dessen Auftrag sie in die Welt gesandt wurden. Sie sind sein Eigentum, da sie sein Werk sind, und er hat sie geschaffen, so lange zu bestehen, wie es ihm, nicht aber wie es ihnen unter-einander gefällt. Und da sie alle mit den gleichen Fähigkeiten versehen wurden und alle zur Gemeinschaft der Natur gehören, so kann unter uns auch keine Rangordnung angenommen werden, die uns dazu ermächtigt, einander zu vernichten, als wären wir einzig zum Nutzen des anderen geschaffen, so wie die untergeordneten Lebewesen zu unserem Nutzen geschaffen sind. Locke		Montesquieu
Nach all diesen Überlegungen ist es mir schleierhaft, wie man dieses vorsorgliche Zensurunternehmen nicht unter die vergeblichen und aussichtslosen Versuche einreihen sollte. Wer zum Scherzen aufgelegt wäre, könnte nicht anders, als diesen Plan mit der Grosstat jenes braven Mannes zu vergleichen, der da glaubte, er könne die Krähen einfangen, indem er das Parktor schloss. Milton		Rousseau

7. Die nachstehenden Normen stammen aus folgenden Dokumenten der Verfassungsgeschichte: Instrument of Government on 1653; Französische Verfassung von 1791, Französische Direktorialverfassung von 1795, Gironde-Entwurf von 1793, Amendments I-X von 1789 zur Amerikanischen Unionsverfassung von 1787, Magna Charta Libertatum, Britische Bill of Rights (1689), Französische Déclaration von 1789, amerikanische Konföderationsartikel, amerikanische Unabhängigkeitserklärung, Beschluss des französischen Nationalkonvents vom 21./22.9.1792, Amerikanische Unionsverfassung von 1787.

Schreiben Sie rechts von jeder Norm die richtige Rechtsquelle nieder.
(13 Punkte)

Hinweis: Jede der aufgezählten Quellen ist mit mindestens einer Norm vertreten.

Die Versammlung „dekretiert einstimmig, dass das Königtum in Frankreich abgeschafft wird“.		Beschluss des französischen Nationalkonventes von 1792
Grafen und Barone sollen nur durch ihresgleichen und einzig gemäss dem Grade ihres Vergehens bestraft werden.		Magna Charta 1215
Alle Strafverfahren (...) werden von Geschworenen entschieden, und der Prozess findet in dem Einzelstaat statt, in dem die fraglichen Straftaten begangen wurden.		Amerikanische Unionsverfassung 1787
Der Lord Protector versammelt, wenn es die Bedürfnisse des Staates erfordern, in Beratung mit der Mehrheit des Rates zu jedem anderen als dem zuvor beschriebenen Zeitpunkt das Parlament in der zuvor beschriebenen Weise. Es kann nicht ohne eigene Zustimmung während der ersten drei Monate nach Sitzungsbeginn vertagt, verschoben oder aufgelöst werden.		Instrument of Government 1653
Tritt Canada diesem Bunde bei und vereinigt sich den Maßregeln der Vereinigten Staaten, so soll es in die Union aufgenommen und zu allen ihren Vortheilen berechtigt werden. Keiner anderen Kolonie soll jedoch das nämliche gestattet werden, es sey denn, daß solche Zulassung von 9 Staaten genehmigt werde.		Amerikanische Konföderationsartikel
Die Lords und die Gemeinen erklären ..., dass die angemasste Befugnis, kraft königlicher Autorität und ohne die Zustimmung des Parlamentes Gesetze vorübergehend ausser Kraft zu setzen oder ihre Vollstreckung auszusetzen, ungesetzlich ist.		Bill of Rights 1689
Er hat unter uns in Friedenszeiten stehende Armeen gehalten, ohne die Zustimmung unserer Gesetzgebungen.		Unabhängigkeitserklärung
Jeder Staat behält seine Souverainität, Freiheit und Unabhängigkeit und jegliche Gewalt, Gerichtsbarkeit und Recht, welches nicht durch dieses Bündnis ausdrücklich den Vereinigten Staaten im versammelten Congreß übertragen wird.		Konföderationsartikel
... und sie ohne Unterlass an ihre Rechte und Pflichten erinnern möge; damit die Handlungen der gesetzgebenden und die der ausübenden Macht, wenn sie in jedem Augenblick mit dem Endzweck aller politischen Satzungen verglichen werden können, mehr geachtet werden und damit die Ansprüche der Bürger des Staates, welche künftig auf einfache und unwidersprechliche Grundsätze gegründet sein sollen, sich immer auf die Wahrung der Verfassung und das allgemeine Wohl richten mögen.		Französische Déclaration 1789
Da die Nationalversammlung die Französische Verfassung auf den Grundsätzen aufbauen will, die sie eben anerkannt und erklärt hat, schafft sie unwiderruflich die Einrichtungen ab, welche die Freiheit und die Gleichheit der Rechte verletzen.		Französische Verfassung 1791
Ein Volk hat jederzeit das Recht, seine Verfassung zu revidieren, zu verbessern und zu ändern. Eine Generation hat nicht das Recht, die kommenden Generationen ihren Gesetzen zu unterwerfen, und jede Vererbung von Ämtern ist unsinnig und tyrannisch.		Gironde-Entwurf von 1793
Kein Soldat darf in Friedenszeiten in ein Haus ohne Zustimmung des Eigentümers einquartiert werden und in Kriegszeiten nur in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise.		Amendments zu der Unionsverfassung 1787
Jeder Bürger ist dem Vaterland und der Erhaltung der Freiheit, der Gleichheit und des Eigentums seine Dienste schuldig, so oft ihn das Gesetz zu deren Verteidigung aufruft.		Direktorialverfassung 1795

8. Die nachstehenden Normen stammen aus folgenden Dokumenten der eidgenössischen Verfassungsgeschichte: Verfassung der Helvetischen Republik (1798), Mediationsverfassung (1803), Bundesvertrag (1815), Bundesurkunde der schweizerischen Eidgenossenschaft von 1832 (nicht in Kraft getreten), Bundesverfassung 1848, abgelehnte Bundesverfassung 1872, Bundesverfassung 1874.

Schreiben Sie rechts von jeder Norm die richtige Rechtsquelle nieder.
(9 Punkte)

Hinweis: Jede der aufgezählten Quellen ist mit mindestens einer Norm vertreten.

<p>Der Bürger will nur die moralische Veredlung des menschlichen Geschlechts, er ladet ohne Unterlass zur süßen Bruderliebe ein; sein Ruhm ist die Achtung guter Menschen, und sein Gewissen entschädigt ihn, wenn man ihm ungerechter Weise diese Achtung versagt.</p>	<p>Helvetische Verfassung 1798</p>
<p>Helvetien, der Zwietracht preisgegeben, war mit seiner Auflösung bedroht. In sich selbst konnte es die Mittel nicht finden, um wieder zu einer verfassungsmäßigen Ordnung zu gelangen. Die alte Gewogenheit der fränkischen Nation für dieses achtungswerthe Volk, welches sie vor kurzem noch durch ihre Waffen vertheidigt und durch ihre Verträge als unabhängige Macht hatte anerkennen lassen; das Interesse Frankreichs (...), dessen Grenzen die Schweiz bedeckt; das Ansuchen des Senats; das der demokratischen Kantone; der Wunsch endlich des gesamten helvetischen Volks haben es Uns zur Pflicht gemacht, als Vermittler aufzutreten zwischen den Parteien, die es trennen.</p>	<p>Mediationsverfassung 1803</p>
<p>Die Errichtung von Bisthümern auf schweizerischem Gebiete unterliegt der Genehmigung des Bundes.</p>	<p>Bundverfassung 1874</p>
<p>„Die Kantone sind souverän und üben als solche alle Rechte aus, die nicht ausdrücklich der Bundesgewalt übertragen sind.“</p>	<p>Bundesurkunde der schweizerischen Eidgenossenschaft von 1832</p>
<p>Der Bund ist befugt, eine Universität, eine polytechnische Schule und andere höhere Unterrichtsanstalten zu errichten.</p> <p>Die Kantone sorgen für obligatorischen und unentgeltlichen Primarunterricht. Der Bund kann über das Minimum der Anforderung an die Primarschule gesetzliche Bestimmungen erlassen.</p>	<p>abgelehnte Bundesverfassung 1872</p>
<p>Das Bundesgericht urtheilt ferner: ...</p> <p>3) über Beschwerden betreffend Verletzung verfassungsmäßiger Rechte der Bürger, sowie über solche von Privaten wegen Verletzung von Konkordaten und Staatsverträgen. Vorbehalten sind die durch die Bundesgesetzgebung näher festzustellenden Administrativstreitigkeiten. In allen Fällen sind jedoch die von der Bundesversammlung erlassenen Gesetze und allgemein verbindlichen Beschlüsse, sowie die von ihr genehmigten Staatsverträge für das Bundesgericht maßgebend.</p>	<p>Bundverfassung 1874</p>
<p>Das Bundesheer wird aus den Kontingenten der Kantone gebildet.</p> <p>Die Mannschaftsskala, welche nach dem bezeichneten Maßstabe das Kontingent für jeden Kanton festsetzt, ist alle zwanzig Jahre einer Revision zu unterwerfen.</p>	<p>Bundverfassung 1848</p>
<p>Die oberste Bundesbehörde ist die Tagsatzung, in welcher die Kantone gleiches Stimmrecht ausüben.</p> <p>Die Tagsatzung besteht aus vier und vierzig Mitgliedern.</p> <p>Sie wird durch den Landammann der Schweiz, und im Verhinderungsfalle durch dessen Stellvertreter im Bundesrat, präsiert.</p>	<p>Bundesurkunde der schweizerischen Eidgenossenschaft von 1832</p>
<p>Die Eidgenossenschaft huldigt dem Grundsatz, daß so wie es, nach Anerkennung der XXII. Cantone, keine Unterthanen-Lande mehr in der Schweiz giebt, so könne auch der Genuß der politischen Rechte nie das ausschließliche Privilegium einer Classe der Cantons-Bürger seyn.</p>	<p>Bundesvertrag 1815</p>